

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 19.10.2011, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Sekundarschule
Vorlage: 527/2011
3. Anfrage der CDU-Fraktion zum Schwimmunterrichtsausfall an der Katholischen Grundschule Würm
Vorlage: 528/2011
4. Prioritätenliste für Investitionen im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 519/2011
5. Weiterleitung des Jahresabschlusses 2009
Vorlage: 526/2011
6. Heranziehung externer und verwaltungsinterner Expertise zum Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 520/2011
7. 64. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
(Konzentrationszone für Windkraft)
 - Beratung über die während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und über die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
 - Verabschiedung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 459/2011
8. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen zwischen den Straßen Am Weinberg, Scheidehecke und Prof.-Max-Wilms-Straße
Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung
Vorlage: 510/2011
9. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86
Vorlage: 513/2011

- 10 . Planfeststellungsverfahren für die "Änderung der Bahnübergänge Nr. 1-4 in Geilenkirchen" (zwischen Lindern und Randerath) durch die Rurtalbahn GmbH
Vorlage: 516/2011
- 11 . Wiederwahl des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 525/2011
- 12 . Photovoltaikanlage auf dem Dach des Sportheims Teveren
Abschluss eines Vertrages mit dem Verein Germania Teveren
Vorlage: 509/2011
- 13 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 14 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Franz Beemelmans
5. Hans-Jürgen Benden bis TOP 14
6. Herbert Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Klaus Dohlen
9. Uwe Eggert
10. Dr. Stefan Evertz
11. Toska Frohn
12. Johann Graf
13. Theresia Hensen
14. Dipl. Ing. Johannes Henßen
15. Horst-Eberhard Hoffmann
16. Karin Hoffmann bis Ende TOP 7
17. Rainer Jansen
18. Gabriele Kals-Deußen
19. Michael Kappes
20. Dipl. Ing. Stefan Kassel
21. Heinz Kohnen
22. Christian Kravanja
23. Leonhard Kuhn
24. Gerd Latour
25. Markus Melchers

26. Manfred Mingers
27. Dr. Joachim Möhring ab TOP 20 anwesend
28. Uwe Neudeck
29. Hans-Josef Paulus
30. Manfred Schumacher
31. Barbara Slupik
32. Manfred Solenski
33. Kurt Sybertz
34. Raimund Tartler
35. Ruth Thelen
36. Marlis Tings
37. Dipl.-Ing. Harald Volles
38. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

39. I. Beigeordneter Hans Hausmann
40. Beigeordneter Herbert Brunen
41. Heinrich Gemünd
42. Alexander Jansen
43. Peter Klee

Protokollführerin

44. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten:

45. Wilfried Kleinen

Bürgermeister Fiedler eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Stadtverordneter Kleinen habe sich für die Sitzung entschuldigt und Stadtverordneter Dr. Möhring werde später kommen. Beanstandungen der Niederschrift der 13. Sitzung des Rates wurden nicht erhoben.

Stadtverordneter Wolff beantragte, den Punkt 12 der Tagesordnung abzusetzen. Wenn überhaupt, dann sei eine Entscheidung über die Angelegenheit im Ausschuss zu treffen, was auch erfolgt sei. Der Rat sei nicht zuständig.

Bürgermeister Fiedler stellte fest, dass es sich bei dem Antrag des Stadtverordneten Wolff um einen Antrag nach § 11 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen handle und eine Aussprache hier nicht vorgesehen sei.

Stadtverordneter Benden beantragte nach § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen namentliche Abstimmung.
Stadtverordneter Kravanja beantragte daraufhin geheime Abstimmung.

Der Rat stimmte der namentlichen Abstimmung zu.

Beschluss:

Die namentliche Abstimmung ergab folgendes Ergebnis:

Name	Abstimmung
Bales, Nikolaus	Ja
Banzet, Marko	Ja
Beemelmanns, Franz	Ja
Benden, Hans-Jürgen	Nein
Brandt, Herbert	Ja
Conrads, Karl-Peter	Ja
Dohlen, Klaus	Ja
Eggert, Uwe	Enthaltung
Dr. Evertz, Stefan	Nein
Frohn, Toska	Ja
Graf, Johann	Ja
Hensen, Theresia	Ja
Henßen, Johannes	Ja
Hoffmann, Horst-Eberhard	Ja
Hoffmann, Karin	Ja
Jansen, Rainer	Nein
Kals-Deußen, Gabriele	Ja
Kappes, Michael	Ja
Kassel, Stefan	Ja
Kohnen, Heinz	Ja
Kravanja, Christian	Ja
Kuhn, Leonhard	Ja
Latour, Gerd	Ja
Melchers, Markus	Ja
Mingers, Manfred	Nein
Neudeck, Uwe	Ja
Paulus, Hans-Josef	Ja
Schumacher, Manfred	Ja
Slupik, Barbara	Ja
Solenski, Manfred	Ja
Sybertz, Kurt	Enthaltung
Tartler, Raimund	Ja
Thelen, Ruth	Nein
Tings, Marlis	Ja
Volles, Harald	Nein
Wolff, Wilhelm Josef	Ja
Bürgermeister Thomas Fiedler	Enthaltung

Der Rat stimmte mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen für die Absetzung des Punktes 12 von der Tagesordnung.

Bürgermeister Fiedler bat weiterhin um Ergänzung der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um drei Punkte. Der Rat stimmte diesem Antrag zu.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die vorläufigen Sitzungstermine für das Jahr 2012 fest stünden und ausgelegt seien.

- b) Des Weiteren teilte er mit, dass die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses ausfalle, da die Auswertung des heute beschlossenen Jahresabschlusses etwas mehr Zeit in Anspruch nehme.
- c) Außerdem habe das Land den beantragten Zuschuss zum Ausbau der Bischof-Pooten-Straße bewilligt. Demnach werde die Stadt in den kommenden Tagen 244.200 € erhalten. Der Ausbau der Straße beginne im Frühjahr 2012.
- d) Der Kreis habe der Stadt Geilenkirchen am 29.09.2011 mitgeteilt, dass den kreisangehörigen Kommunen ein Betrag in Höhe von 927.000 € von der Kreisumlage, deren Gesamthöhe gerundet 118 Millionen Euro betrage, erlassen werde. Für die Stadt Geilenkirchen bedeute dies einen Nachlass von 98.895 €. Zusätzlich erstatte der Kreis eine vom Landschaftsverband anteilig zurückgezahlte Umlage aus dem Jahr 2007 in Höhe von 52.600 €. Mache in der Summe 150.000 €.
- e) Mit Schreiben vom 04. Oktober habe der Kreis als Kommunalaufsichtsbehörde der Stadt Geilenkirchen mitgeteilt, dass die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes versagt werde. Die Stadt befinde sich damit in der dauerhaften vorläufigen Haushaltsführung. Der höchstzulässige Kreditrahmen werde mit 866.667 € festgesetzt. Die Sicherung der Liquidität werde als oberstes Ziel benannt. Im Rahmen der Konsolidierung sei es erforderlich, von Ermächtigungsübertragungen gar nicht oder nur sehr zurückhaltend Gebrauch zu machen. Geplante Investitionen seien auch aufgrund der damit einhergehenden langfristigen Haushaltsbelastungen wie Zinsaufwendungen und Abschreibungen kritisch zu hinterfragen. In seiner ausführlichen Begründung zu dieser Versagung richte sich der Kreis nach dem Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ aus, der für die Verwaltung der entscheidende Text bei der Haushaltsplanung 2012 sei. Die Verwaltung führe zurzeit intensive Beratungen darüber durch, wie der Haushalt 2012 und die Haushaltssicherungsplanung im Lichte dieser Begründung und des Leitfadens aus dem Innenministerium aufzustellen sei.
- f) Letztlich teilte Bürgermeister Fiedler mit, dass er heute auf den Aufmacher der Geilenkirchener Zeitung auf Seite 1 „Das Udenkbare rückt näher: bankrotte Städte“ angesprochen worden sei. Er wolle dazu erklären, dass die Stadt Geilenkirchen noch vor wenigen Wochen mit der WL-Bank in Münster, welche nun die Kreditvergabe an Städte ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept gestoppt habe, ohne Schwierigkeiten eine Kreditumschuldung vorgenommen habe. Die Stadt Geilenkirchen sei damit noch weit entfernt von Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme.

TOP 2 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Sekundarschule
Vorlage: 527/2011

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass entgegen einigen Verlautbarungen in der Öffentlichkeit dieser Punkt noch nicht entschieden sei.

Stadtverordneter Eggert trug zusammenfassend vor, dass im ganzen Land über die Einrichtung von Sekundarschulen nachgedacht werde. Tatsache sei, dass die Schülerzahlen an der Realschule rückgängig seien und man über mögliche Veränderungen nachdenken müsse. Die Akzeptanz der Schulform „Hauptschule“ nehme immer weiter ab. Dies habe er persönlich erfahren, als er in seiner Funktion als stellvertretender Bürgermeister an der Abschlussveranstaltung der Hauptschule teilgenommen habe. Hier hätten von 65 Absolventen nur fünf einen Ausbildungsplatz erhalten. Im Gespräch mit dem Beigeordneten der Stadt habe dieser noch geäußert, dass die Schulform der Sekundarschule für Geilenkirchen wie gemacht sei. Das pädagogische Konzept des „längeren gemeinsamen Lernens“ sei nicht der einzige Punkt, der seine Fraktion bewogen habe, den Antrag zu stellen. Schülerinnen und Schüler der Hauptschule müssten jetzt teilweise bis zu zwei Stunden Fahrtzeit zur Schule in Kauf nehmen. Diese Zeit könnten die Kinder sicher besser verwenden, bspw. für Freizeitaktivitäten oder Hausaufgaben. Momentan sei es jedoch vertane Zeit. Hinzu komme die Einsparung der Transportkosten. Gerade in der Haushaltssituation der Stadt Geilenkirchen – Bürgermeister Fiedler sei eingangs ja noch einmal auf die Haushaltslage eingegangen – sollte die Stadt jede Sparmöglichkeit ins Auge fassen. Zudem sei es seiner Fraktion wichtig, dass jedes Geilenkirchener Kind auch in der Schulstadt Geilenkirchen zur Schule gehen könne. Darüber hinaus könne er sich auch vorstellen, dass eventuell auch auswärtige Kinder auf die Sekundarschule gehen könnten. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass diese Schulform die Richtige für die „Schulstadt Geilenkirchen“ sei und man hoffe, dass der Antrag nun zügig voran gebracht werden könne.

Stadtverordneter Wolff meinte, dass seine Fraktion schon geahnt habe, dass das Thema irgendwann im Rat der Stadt diskutiert werde. Daher habe sich auch seine Fraktion Gedanken gemacht. Grundsätzlich vertrete die Fraktion die Ansicht, dass der Antrag laut Geschäftsordnung zunächst durch einen Ausschuss hätte beraten werden müssen und nicht direkt auf die Tagesordnung des Rates hätte gesetzt werden dürfen. Aufgrund der rechtlichen Tragweite des Antrags sei die Abwägung des Für und Wider sehr wichtig. In der Haushaltssicherung sei die Schulentwicklungsplanung sicherlich auch ein vorrangiges Thema. Fraglich sei, wie sich ein solcher Schultyp entwickeln würde. Insgesamt sei er der Meinung, dass sich erst der Schulausschuss eine Meinung bilden sollte und danach die Elternbefragung stattfinden sollte. Der Antrag sollte eigentlich an den Fachausschuss verwiesen werden.

Stadtverordneter Benden bemerkte, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich für positiv halte und er selbst in seiner Haushaltsrede die Beschulung jedes Geilenkirchener Kindes in Geilenkirchen gefordert habe. Er sei nun froh, dass die Fraktionen über das Thema in Dialog treten würden. Natürlich müsse im Ausschuss für Bildung und Soziales eingehender über den Antrag beraten werden. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung halte er in dieser Form für akzeptabel. Er sei froh, dass der Punkt in die Tagesordnung aufgenommen worden sei und seine Fraktion stimme dem Antrag zu.

Stadtverordnete Thelen warf ein, dass eine umfassende rechtliche Prüfung des Antrags auch zahlreiche Informationen voraussetze, die erst durch eine Elternbefragung erhoben werden könnten. Es sei effektiver, wenn der Ausschuss sich über konkrete Zahlen Gedanken machen könne. Daher halte sie die Vorlage für hervorragend.

Stadtverordneter Hoffmann teilte mit, dass seine Fraktion durch den Antrag einen Anstoß in der Debatte um eine Sekundarschule in Geilenkirchen geben wolle und dies auch gelungen sei. Im nächsten Ausschuss für Bildung und Soziales könne sicherlich konkret über Fragen gesprochen werden. Von einer Elternbefragung sei dies nicht abhängig zu machen.

Stadtverordneter Solenski erklärte, dass die Geilenkirchener FDP das Beste für Geilenkirchen wolle und die Sekundarschule nicht grundsätzlich ablehne – wie die Landes FDP. Die Schullandschaft müsse sich dem demographischen Wandel anpassen. Ob Geilenkirchen eine neue Schulform benötige, sollte die Verwaltung anhand entsprechender Zahlen darstellen. Als liberale Partei sei der FDP natürlich der Wille der Eltern und damit auch eine Elternbefragung willkommen.

Stadtverordneter Kravanja erwähnte, dass er grundsätzlich die Meinung vertrete, dass eine Schulform nicht passend für eine Stadt sondern für die Schülerschaft sein sollte. Er habe den Eindruck, dass dieser Gedanke bisher keine Berücksichtigung gefunden habe. Natürlich halte er eine Elternbefragung für wichtig, doch sollte zunächst der Fachausschuss andere Dinge beraten, bevor eine Umfrage stattfindet. Eine Elternbefragung vor Tagung des Fachausschusses halte er für verfrüht.

Stadtverordneter Mingers ergänzte, dass er den Ansatz des Stadtverordneten Kravanja für richtig halte und eine Schule immer die Schüler im Blick haben sollte. Erst in zweiter Instanz müsse sie in das Bild einer Stadt passen. Die Einrichtung von Sekundarschulen lehne er nicht grundsätzlich ab; das bestehende „Schulchaos“ werde vermutlich nur erweitert, wobei er die Hoffnung hege, dass es besser als bisher werde. Er stimme dem Antrag zu.

Stadtverordneter Eggert fragte nach, ob die Elternbefragung nach der Fachausschusssitzung den zeitlichen Ablauf stark beeinflussen würde.

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass die entsprechende gesetzliche Regelung noch nicht in Kraft getreten sei. Die Verwaltung stehe aber „Gewehr bei Fuß“ und könne die Bögen zur Elternbefragung einen Tag nach der Ausschusssitzung versenden. Der Antrag auf Einrichtung einer Sekundarschule müsse aber noch dieses Jahr gestellt werden. Die Befragung werde auf jeden Fall vor den Anmeldungen zum neuen Schuljahr abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Jansen versicherte Bürgermeister Fiedler, dass nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen sondern auch die finanziellen Voraussetzungen geprüft würden. Dies könne auch in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zur Einrichtung einer Sekundarschule unter Einbeziehung der Städtischen Realschule zum Schuljahr 2012/2013 zu prüfen. Die Ergebnisse sollten zur weiteren Beratung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales am 29.11.2011 vorgestellt werden, um eine Entscheidung für die Sitzung des Rates am 14.12.2011 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Anfrage der CDU-Fraktion zum Schwimmunterrichtsausfall an der
Katholischen Grundschule Würm
Vorlage: 528/2011**

Stadtverordneter Schumacher wiederholte die Schlüsselfragen des Antrags der CDU Fraktion.

- Wie viele Schwimmunterrichtsstunden fielen (detailliert) an unseren Schulen in den letzten zwei Jahren aus?
- Worin lagen hierfür im Einzelnen die Gründe?
- Welche externen bzw. internen Ersatzlösungen (Einstellung eines zusätzlichen Schwimmmeisters) wurden gesucht?
- Warum wurden längere Ausfallzeiten nicht als mögliche Schwimmzeiten der Allgemeinheit zugänglich gemacht?

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Verwaltung in den städtischen Schulen nachgefragt habe, wie hoch der Unterrichtsausfall bei Schwimmstunden sei. Die Befragung habe ergeben, dass an den Schulen höchstens kurzfristig aufgrund von Erkrankungen Stunden ausfielen. Ansonsten verlaufe der Unterricht planmäßig. Darüber hinaus sei das Schulamt für den Kreis Heinsberg für die bedarfsgerechte Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal zuständig.

Außerdem könne der Schwimmunterricht nicht durch Schwimmmeister der Stadt erteilt werden. Die Zuständigkeiten seien klar gesetzlich vorgeschrieben und der Schwimmmeister nehme ausschließlich die Beckenaufsicht wahr.

Die Ausfallzeiten in Würm seien durch normalen Turnunterricht aufgefangen worden, so dass auch an der Grundschule Würm Sportunterricht erteilt worden sei.

Stadtverordneter Schumacher warf ein, dass trotz gesetzlicher Schutzvorschriften der ganze Prozess seines Erachtens entbürokratisiert werden sollte. Die Lehrkräfte könnten bspw. nicht durch Schwimmmeister ersetzt aber doch vielleicht unterstützt werden.

Stadtverordneter Dr. Evertz nahm unter Hinweis auf seine Funktion als Sportlehrer an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule Stellung und meinte, dass der komplette Schwimmunterricht durch den Schwimmerlass des Landes gut geregelt sei und sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Sportlehrer durch die Regelung abgesichert seien. Kein Sportlehrer ohne entsprechende Ausbildung werde Schwimmunterricht erteilen wollen. Sicherlich sei ein entsprechender Antrag auf Personal beim Schulamt der beste Weg, um das Problem zu lösen.

Der Rat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 4 Prioritätenliste für Investitionen im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 519/2011

Beschluss:

Der Rat genehmigte den Dringlichkeitsbeschluss nach § 60 Abs. 1 GO aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Weiterleitung des Jahresabschlusses 2009
Vorlage: 526/2011

Beschluss:

Der Jahresabschluss wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 Heranziehung externer und verwaltungsinterner Expertise zum Haushaltssicherungskonzept
Vorlage: 520/2011

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass der erste Workshop für den Verwaltungsvorstand bereits diesen Freitag stattfinden werde.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Dringlichkeitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses nach § 60 Abs. 1 S. 1 GO NW über die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 20.000 € für externe Beratertätigkeiten mit dem Ziel eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 64. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geilenkirchen
(Konzentrationszone für Windkraft)**

- Beratung über die während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und über die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

**- Verabschiedung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 459/2011**

Stadtverordneter Wolff beantragte getrennte Abstimmung der beiden Punkte 1 und 2 sowie geheime Abstimmung.

Beschluss:

1. Konzentrationszone Tripsrath Nord-Ost

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Die 64. Änderung des Flächennutzungsplanes – Flächen Konzentrationszone Tripsrath Nord-Ost – wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	22
Nein:	15
Enthaltung:	0

2. Konzentrationszone Lindern / Beeck

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung abgewogen.

Die 64. Änderung des Flächennutzungsplanes – Flächen Konzentrationszone Lindern / Beeck – wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	11
Enthaltung:	0

**TOP 8 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen
Geltungsbereich: Fläche in Geilenkirchen zwischen den Straßen Am Weinberg, Scheidehecke und Prof.-Max-Wilms-Straße
Beratung über die während der Offenlage nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öf-**

**fentlicher Belange nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
Verabschiedung der Bebauungsplanänderung als Satzung
Vorlage: 510/2011**

Beschluss:

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 der Stadt Geilenkirchen wird als Satzung verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86
Vorlage: 513/2011**

Stadtverordneter Kravanja bemerkte, dass der Beschlussvorschlag der Einladung nicht dem Vorschlag des Ausschusses entspreche und er um Abstimmung über den Vorschlag des Ausschusses bitte. Grundsätzlich halte er für sinnvoll ein Linksabbiegen an dieser Stelle generell zu unterbinden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschloss einstimmig mit drei Enthaltungen, die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 86 zu erteilen und ein Linksabbiegen grundsätzlich zu untersagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	3

**TOP 10 Planfeststellungsverfahren für die "Änderung der Bahnübergänge Nr. 1-4 in Geilenkirchen" (zwischen Lindern und Randerath) durch die Rurtalbahn GmbH
Vorlage: 516/2011**

Beschluss:

Die Stadt Geilenkirchen erhebt keine Bedenken gegen das Vorhaben „Änderung der Bahnübergänge Nr. 1-4 in Geilenkirchen“.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	1
Enthaltung:	0

**TOP 11 Wiederwahl des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 525/2011**

Stadtverordneter Hoffmann erkundigte sich, welche Kriterien der Vorsitzende des Umlegungsausschusses erfüllen müsse.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass der Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst besitzen müsse. Er dürfe nicht Mitglied des Rates sein oder in einem Dienst- und Arbeitsverhältnis mit der Stadt stehen.

Beschluss:

Herr Nießen wird als Vorsitzender des Umlegungsausschusses wiedergewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 12 Photovoltaikanlage auf dem Dach des Sportheims Teveren
Abschluss eines Vertrages mit dem Verein Germania Teveren
Vorlage: 509/2011**

Stadtverordneter Jansen wies darauf hin, dass die sachgerechte Demontage und Entsorgung noch in die vertraglichen Vereinbarungen aufgenommen werden sollten, da es sich um Sondermüll handele.

Beschluss:

Die Stadt Geilenkirchen gestattet dem Sportverein FC Germania 1910 Teveren e.V., auf dem Dach des im Bau befindlichen Sportheims Teveren eine Photovoltaik-Anlage laut beigelegtem Angebot der Firma Karl Jansen zu errichten und zu betreiben.

Der Verein finanziert die Anlage, übernimmt ihre Unterhaltung und Wartung und ist berechtigt, den Nutzen aus der Anlage zu ziehen. Der Verein kommt für die in der Zukunft liegende sachgerechte Demontage und Entsorgung auf.

Zwischen dem Verein und der Stadt Geilenkirchen wird ein entsprechender Vertrag geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 13 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

- a) Stadtverordnete Kals-Deußen fragte, wann mit der Fertigstellung des Carports für das Feuerwehrfahrzeug der Verwaltung gerechnet werden könne. Zudem benötige die Verwaltungsstaffel Räumlichkeiten, in denen sie sich vor den Einsätzen umziehen könne.
Des Weiteren erkundigte sie sich, wie das alte Feuerwehrgerätehaus in Gillrath genutzt werde.

Beigeordneter Brunen erwiderte, dass die Verwaltungsstaffel bereits an einigen Einsätzen teilgenommen habe und ihren Betrieb aufgenommen habe. Die Planungen zum Unterstellen des Fahrzeugs, würden in Kürze realisiert. Angesichts der Haushaltslage werde allerdings eine möglichst wirtschaftliche Lösung angestrebt.

Das alte Feuerwehrhaus in Gillrath werde derzeit als Materiallager des Gebäudemanagements der Stadt genutzt. Auf diese Weise könne das Gebäudemanagement größere Materialmengen einkaufen und dadurch günstigere Preise erzielen.

Frau Kals-Deußen erkundigte sich weiter, warum in Hatterath kein Baugebiet vergeben werden könne. In den vergangenen Monaten wäre Bedarf an Baustellen angemeldet worden, der leider nicht befriedigt werden könne. Auf diese Weise würde der Ort ausgehöhlt, da Personen zur Errichtung eines Neubaus abwandern müssten. In 2008 sei bereits ein Antrag auf Einrichtung eines Neubaugebietes in Hatterath negativ beschieden worden. Vielleicht könnten ein Umdenken und neue Erkenntnisse in 2011 zu einem anderen Ergebnis führen.

I. Beigeordneter Hausmann führte aus, dass bei der Ausweisung neuer Baugebiete die Bezirksregierung beteiligt werden müsse. Im Rahmen des Verfahrens müsse der Bezirksregierung dargelegt werden, welche Baulücken in der Ortschaft vorhanden seien. Hierbei müsse auch berücksichtigt werden, dass die Ortschaften Gillrath und Hatterath landesplanerisch als eine Einheit betrachtet würden. Die Ausweisung eines Baugebietes für Hatterath sei seines Erachtens aussichtslos. Die Professor-Mendel-Straße in Hatterath sei optimal erschlossen und weise zahlreiche Baulücken auf. Solange diese Grundstücke nicht bebaut würden, werde kein neues Baugebiet ausgewiesen.

- b) Stadtverordneter Jansen erläuterte, dass auf der Herzog-Wilhelm-Straße seit einiger Zeit Handwerker in Zweierreihen parken würden, da sie auf der Baustelle des neuen Einkaufszentrums arbeiten würden. Teilweise würden bis zu 20 Fahrzeuge auf der Fahrbahn und dem Radweg vor dem Finanzamt geparkt. Wenn hierfür seitens der Stadt keine Sondergenehmigung erteilt wor-

den sei, bitte er, dagegen vorzugehen. Der Zustand sei für Passanten und Anwohner unzumutbar. Außerdem fragte er nach, ob die Transformatoren des Einkaufszentrums Richtung Vogteistraße einen Schall- und Sichtschutz erhalten würden.

I. Beigeordneter Hausmann antwortete, dass die Situation in der Herzog-Wilhelm-Straße angesichts des Bauprojektes normal sei. Handwerker müssten häufig zu ihren Fahrzeugen, um bestimmtes Werkzeug zu holen, das sie nicht mit auf die Baustelle nehmen könnten. Daher sei es unabdingbar, dass die Fahrzeuge in der Nähe abgestellt seien. Der Bauherr habe versucht, den Parkplatz vor dem alten Polizeigebäude zu pachten; dieses Vorhaben sei leider gescheitert. Vor dem Hintergrund der geplanten Eröffnung am 01.12. rate er dazu, die Baumaßnahmen bestmöglich zu unterstützen und die bestehenden Unannehmlichkeiten noch für den absehbaren Zeitraum in Kauf zu nehmen.

Die technischen Vorkehrungen an der Rückseite des Gebäudes seien Gegenstand der Baugenehmigung gewesen, wobei keine unzulässigen Immissionen zu erwarten seien. Dennoch könne die Lärmsituation nach Aufnahme des Betriebs der Anlage gemessen werden. Sollten wider Erwarten bestimmte Werte überschritten werden, könnten dem Eigentümer bestimmte Auflagen erteilt werden. Zudem sei der Sichtschutz in Planung. Auf weitere Nachfrage des Stadtverordneten Jansen bestätigte I. Beigeordneter Hausmann, dass kein Sichtschutz errichtet werde, der Graffiti begünstige.

Bürgermeister Fiedler warf ein, dass das Ordnungsamt beauftragt werde, verstärkt auf die Lage in der Herzog-Wilhelm-Straße zu achten und eventuell auf unbürokratische Weise eine für alle erträgliche Parksituation herbeizuführen.

- c) Stadtverordneter Benden teilte mit, dass die CDU Fraktion im Regionalrat in Köln einen Antrag auf den Neubau der L 42n gestellt habe. In dem Antrag werde erwähnt, dass die Trassenfindung einvernehmlich mit der Stadt Geilenkirchen gelöst worden sei. Wie alle wüssten, sei dies nicht der Fall. Er frage sich, wie die CDU Fraktion zu so einer Aussage komme und was dies für die Teverner Heide bedeute. Immerhin sei das Bauprojekt in der Priorität nach oben gestuft worden.

Bürgermeister Fiedler versicherte, dass das Bauprojekt weiter denn je von der Priorität eins entfernt sei. Von einer einvernehmlichen Lösung mit der Stadt Geilenkirchen könne auch keine Rede sein. Das letzte Treffen zum Thema L 42n habe in Übach-Palenberg mit Bürgermeister Jungnitsch, dem Landtagsabgeordneten Krückel und den Ortsvorstehern der Ortschaften Teveren und Grotenrath stattgefunden. Der Stadt Übach-Palenberg wurde bei diesem Termin lediglich Unterstützung zugesagt. Strittig sei aber nach wie vor die Linienführung. Klar sei, dass ein Abrücken von der Teverner Heide nicht zu Lasten der Ortschaft Grotenrath erfolgen dürfe. Daher wundere ihn die Aussage des Stadtverordneten bezüglich der Vorgänge im Regionalrat. Vollstes Verständnis habe er für das Bemühen, die Verkehrssituation in Scherpenseel zu entzerren. Der einfachste Weg wäre ein Nachtfahrverbot für LKW, das die Niederländer derzeit sogar angekündigt hätten, sollte die deutsche Seite nicht bald eine Lösung finden. Die Stadt Geilenkirchen habe ihre Haltung – die

überdies durch einen Ratsbeschluss zum Ausdruck komme – zur L 42n nicht geändert.

Stadtverordneter Wolff stellte fest, dass es sich bei der CDU Fraktion des Regionalrates nicht um Mitglieder des Rates der Stadt Geilenkirchen handle. Die CDU Fraktion in Geilenkirchen sei in der Frage L 42n klar auf Linie der anderen Fraktionen im Geilenkirchener Rat.

- d) Weiter fragte Stadtverordneter Benden, wann die aufgrund des Schwertransports entfernte Bepflanzung am Kreisverkehr am Bahnhof erneuert werde bzw. wann die Stadt mit dem Ausgleich durch die Firma rechne.

I. Beigeordneter Hausmann erläuterte, dass die ausführende Firma das Geld drei Tage nach der Anfrage der Stadt schon überwiesen habe. Die Bepflanzung werde aber zeitgleich mit den Pflanzungen im ersten und zweiten Bauabschnitt vorgenommen.

- e) Schließlich erkundigte sich Stadtverordneter Benden, wie die Stadt nun mit der Anfrage der Gemeinschaft Sant' Egidio umgehe.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass das Schreiben der Gemeinschaft Sant' Egidio ein Rundschreiben an unzählige Städte gewesen sei und sie sicherlich keine Antwortschreiben erwarten würden. Es sei eher als Aufruf zu bewerten, denn als konkrete Ansprache. Daher werde die Stadt nichts weiter in der Angelegenheit unternehmen.

- f) Stadtverordneter Hoffmann erkundigte sich, wie die Stadt gegen die geplanten Änderungen an der K3 vorgehen wolle. Immerhin habe der Rat entschieden nur den ersten Bauabschnitt und nicht den zweiten zu unterstützen.

I. Beigeordneter Hausmann erwiderte, dass zunächst der Planfeststellungsbeschluss durch den Kreis gefasst werden müsste und die Stadt Geilenkirchen dann klagen könne. Mit der Planfeststellung sei Anfang bis Mitte 2012 zu rechnen.

- g) Stadtverordneter Hoffmann fuhr fort, dass die Klagen aus der Fliegerhorstsiedlung immer größer würden. In den Anlagen und auf den Gehwegen werde wohl nichts mehr gemacht und der zuständige Ortsvorsteher fühle sich nur für Teveren zuständig.

I. Beigeordneter Hausmann entgegnete, dass durch ein Rechtsgutachten eindeutig geklärt sei, dass die Stadt Geilenkirchen nur Eigentümerin der im öffentlichen Straßenraum liegenden Kanäle sei. Die Stadt beschränke sich daher auf Reparaturen der Gehwege und Straßen. Aktuelle Probleme könne der Bauhof sicherlich kurzfristig beseitigen. Der Gesamtzustand der Siedlung sei sicherlich unbefriedigend. Dennoch könne die Stadt hier keine Millionen schultern.

- h) Stadtverordneter Paulus betonte unter Bezug auf seine Vorredner, dass er das Gesagte zur L 42n nur unterstreichen könne. Die Auffassung des ge-

samen Rates sei, dass die Linienführung nicht zur Belastung Grotenraths führen könne. Im Hinblick auf die Fliegerhorstsiedlung habe er sich noch in der letzten Ratssitzung nach dem Stand des Verkaufs der Immobilien erkundigt. Diese Frage richte er erneut an die Verwaltung.

Bürgermeister Fiedler antwortete, dass die Veräußerungsbemühungen zu keinen neuen Ergebnissen geführt hätten.

TOP 14 Fragestunde für Einwohner

Es gab keine Fragen seitens der Einwohnerschaft.

Sitzung endet um: 19:54

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister
Thomas Fiedler

Tina Beckers-Offermanns